

Im Namen des Rechts!

In der Strafsache

gegen

1) den Ingenieur Ludwig August Albrecht in Georgsmarienhütte b. Osnabrück, Karlstr. 1,
geb. am 26.10.1899 in Gronau a.d. Leine,

2) den Arbeiter Wilhelm Walimann in Lahausen Nr. 23,
Bez. Bremen, geb. am 5.6.1906 in Kirchweyhe,

wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit

hat das Schwurgericht in Verden (Aller) in der Sitzung vom 27.
Juni 1949, an der teilgenommen haben:

Amtsgerichtsrat Beyreiss

als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Schomburg,

beauftragter Richter Köpsel

als beisitzende Richter,

Staatsanwalt Becké

als Beamter der Staatsanwaltschaft,

ap. Justizinspektor Faudt

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

Zahnarzt Dr. Laue, Osterholz-Scharmbeck,

Maschinenmstr. Johann Dunkhase, Kirchweyhe,

Friedhofsverwalter Fritz Spreen, Barnstorf,

Gärtner Johann Gehrken, Verden,

Fischlermstr. Johann Dehlwes, Verden,

Gastwirt Westermann, Verden

als Geschworene,

für Recht erkannt:

Die Angeklagten werden wegen schweren Landfriedens-
bruchs in Tateinheit mit Freiheitsberaubung und
Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein jeder zu
einer Gefängnisstrafe von 7 - sieben - Monaten
und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.

Gründe:

Die Hauptverhandlung hat hinsichtlich der persönlichen Ver-
hältnisse der Angeklagten zu folgenden Feststellungen geführt:

Der im 49. Lebensjahre stehende Angeklagte Albrecht ist als
Sohn eines Postassistenten zunächst in Gronau a.d. Leine und dann
in Hannover aufgewachsen, wohin seine Eltern übersiedelten. Er
hat die Bürgerschule und anschliessend bis quinta die Realschule
besucht. 1914 trat er als Lehrling in einen Schlosserbetrieb.
Nach Ablegung der Gesellenprüfung wurde er im Jahre 1917 zur

Kriegsmarine eingezogen. Nach Kriegsende verblieb er im aktiven Dienst - zuletzt als Obermaschinistengefreiter - bei der Reichsmarine. Infolge mehrfacher Bestrafung schied er aus diesem Dienst im Jahre 1923 aus und fand bei der Handelsmarine als Schiffsaingenieur neue Beschäftigung, die er im Jahre 1930 wegen inzwischen eingetretener Untauglichkeit für den Tropendienst abbrach. Die anschliessende, 3 Jahre dauernde Zeit der Arbeitslosigkeit verbrachte er in Kirchweyhe, wohin er inzwischen verzogen war. Er heiratete 1930 und nahm in der Folgezeit häufig an Versammlungen der NSDAP teil, wobei ihn als Arbeitslosen besonders die Versprechungen von Arbeit und Brot aufhorchen liessen. Zusammen mit dem Angeklagten Wallmann, den er dabei kennengelernt hatte, erwarb er im Dezember 1931 die Mitgliedschaft der NSDAP und der SA. Als langjährig gedienter Soldat wurde er alsbald mit der Führung einer Schar der SA beauftragt und stieg bald zum Truppführer auf. Im August 1933 wurde er zum SA-Sturmführer befördert und mit der Führung des SA-Sturmes Kirchweyhe beauftragt. In der Zeit vor 1933 geriet er nach seinen Angaben einmal in eine Auseinandersetzung mit einem SPD-Angehörigen, wobei ihm mehrere Zähne ausgeschlagen worden sein sollen. Er will sich jedoch mit dem betreffenden politischen Gegner alsbald wieder vertragen haben. Im Laufe des Jahres 1933 wurde er als Rottenarbeiter bei der Reichsbahn eingestellt, in Anbetracht seiner Erfahrung im Maschinendienst später im Reichsbahnausbesserungswerk Bremen-Sebaldebrück beschäftigt und von dort zur Diesel-Lokomotivabteilung des Bremer Hauptbahnhofes versetzt. Im Jahre 1934 kam es zu einem Zusammenstoss zwischen dem Angeklagten Albrecht und einem Angehörigen der Marine-SA., nachdem der Angeklagte Albrecht in seiner Eigenschaft als örtlicher SA-Befehlshaber die Schliessung einer Veranstaltung des Marine-SA-Sturmes in Kirchweyhe am Tage der Röhm-Affäre zu veranlassen versucht hatte. Im Verlaufe einer sich entwickelnden persönlichen Auseinandersetzung verletzte der Angeklagte Albrecht einen Marine-SA-Mann durch mehrere Dolchstiche, an deren Folgen dieser verstarb. Der Angeklagte Albrecht wurde dieserhalb nach Aufhebung einer anfänglich erkannten Strafe von 2 1/2 Jahren Gefängnis durch das Reichsgericht am 27.6.1935 durch das Schwurgericht in Lüneburg wegen Totschlages zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten

verurteilt. Bei dieser Strafe war berücksichtigt worden, dass der Angeklagte, wie er auch in der jetzigen Hauptverhandlung zugegeben hat, sich schon in verschiedenen anderen Fällen als gewalttätig gezeigt hatte, indem er im April 1933 einen Menschen durch Stiche mit einem Messer oder Seitengewehr und durch Schläge mit einer grossen Stablateräne verletzte. Infolge dieser Strafe verlor er seine Stellung bei der Reichsbahn. Er verbüsst von der gegen ihn erkannten Strafe nur einen Monat, da ihm auf Anweisung des Reichsjustizministers für die restliche Strafe bis zum 30.6.1939 Strafaufschub gewährt und die Reststrafe am 25.7.1939 erlassen wurde. Der Angeklagte Albrecht behauptet, im Jahre 1936 deshalb aus der SA ausgetreten zu sein, weil er die Versprechungen der NSDAP nunmehr als falsche Parole erkannt und eine gegnerische Haltung eingenommen habe. In Wahrheit war ihm seitens der obersten SA-Führung nahegelegt worden, bei Meldung seines Ausschlusses aus der SA wegen Untragbarkeit seinen freiwilligen Austritt zu erklären. Daraufhin trat er im Jahre 1936 aus der SA und wurde aus der NSDAP ausgeschlossen. Nach vorübergehender Arbeitslosigkeit, die nach dem Verlust seiner Stellung bei der Reichsbahn eingetreten war, fand er im Jahre 1935 als Schlosser in Bremen Beschäftigung, wurde bei den Hansa-Lloydwerken später im Werkzeug-Konstruktionsbüro verwendet und in der Folgezeit mit der Leitung des Motorenprüfstandes betraut. Anschliessend nahm er eine Stellung als Hüttenassistent und alsbald als Betriebsingenieur bei den Klöcknerwerken in Georgsmarienhütte b. Osnabrück an. Dort blieb er bis zu seiner Einberufung zum Wehrdienst im Jahre 1939. Er wurde zur Kriegsmarine eingezogen und bei Sperrbrechereinheiten eingesetzt, im Jahre 1941 reklamiert und 1942 erneut eingezogen. Nach zweimaligem Schiffbruch infolge Feindeinwirkung machte er ab 1944 als Feldwebel Dienst bei einem Küstenkommando an Land. Er wurde mit dem EK II und dem Minensuchabzeichen ausgezeichnet. Wegen eines Herzmuskelschadens fand er Aufnahme in einem Lazarett, aus dem er 1945 entlassen wurde. Nach Kriegsende wurde er zunächst bei der englischen Besatzungstruppe in Georgsmarienhütte und Osnabrück als Transportarbeiter beschäftigt, um später in einer Reparaturwerkstatt der Besatzungstruppe zu arbeiten. Seine Ehe hatte sich bereits während seiner Abwesenheit in erheblichem Masse getrübt. Sie wurde 1946 unter Schuldigerklärung beider Teile geschieden, die 4 Kinder wurden dem Angeklagten Albrecht zugesprochen. Inzwischen hatte er erneut bei den Klöckner-Werken

eine Anstellung gefunden, wurde jedoch wieder entlassen, sodass er z.Zt. ohne Arbeit ist. Der Herzmuskelschaden und ein Magengeschwür haben seine Körper- und Nervenkräfte erheblich beeinträchtigt. An Einkommen bezieht er z.Zt. eine monatliche Unterstützung von 124,— DM.

Der im 43. Lebensjahre stehende Angeklagte Wallmann ist bisher nicht bestraft. Als Sohn eines Lokomotivführers, der ausser ihm noch eine Tochter hatte, wuchs er in Kirchweyhe auf. Dort besuchte er die Volksschule, um anschliessend in Bremen bis zur Tertia die Realschule zu durchlaufen. Im Alter von 13 Jahren trat er im Jahre 1919 als Buchhalterlehrling in eine Bremer Zigarrenfabrik. Daneben besuchte er die kaufmännische Handelsschule. Bis zum 31. März 1933 arbeitete er als Buchhalter in der Zigarrenbranche. Dann wurde er arbeitslos und fand erst nach einem Jahre, am 1. April 1934, neue Beschäftigung, und zwar bei der NSDAP, der er sich im Dezember 1931 als Mitglied angeschlossen hatte. Er war ebenso wie der Angeklagte Albrecht gleichzeitig der SA beigetreten, in der er 1932 Scharführer und im Herbst desselben Jahres Truppführer wurde. Wegen persönlicher Differenzen mit dem ihm übergeordneten Sturmbannführer trat er im Frühjahr 1933 zur SS über. Als Angehöriger der etwa 10 Mann starken, zum Trupp Syke gehörenden SS des Ortes Kirchweyhe wurde er im September desselben Jahres zum Sturmmann und 1934 zum SS-Unterscharführer befördert. 1935 erklärte er seinen Austritt aus der SS, um in die politische Leitung der NSDAP überzutreten, nachdem er am 1.4.1934 beim Gauwirtschaftsmeister der NSDAP in Oldenburg als Buchhalter angestellt worden war. Diese Stelle vertauschte er später mit der Stelle eines Kassenverwalters des NS-Lehrerbundes in Oldenburg. Hiermit war das Amt eines Gauhauptstellenleiters verbunden, das er bis 1938 inne hatte. Aus dieser Stellung schied er 1938 freiwillig aus, um als Kassenverwalter der NSV-Kreisverwaltung in Leer zu arbeiten. Einen neuen politischen Rang erhielt er dabei nicht. Im Juni 1942 wurde er beim deutschen Minister für Böhmen und Mähren in Prag als Kassenverwalter beschäftigt, im September 1943 zum Wehrdienst eingezogen und zunächst als Schreiber beim Wehrmeldeamt verwendet. Als Festungsinfanterist wurde er in Glauchau und anschliessend in Russland an der Front eingesetzt. Als Obermarschall geriet er im Januar 1945 in russische Kriegsgefangen-

schaft, aus der er wegen eines 3 Herzkappenfehlers am 9. Juni 1947 entlassen wurde. Wegen seines schlechten Gesundheitszustandes war er anfangs nicht arbeitsfähig. Im März 1948 erlangte er eine seinem Gesundheitszustand angemessene Beschäftigung in einem Betriebe zur Spielzeugherstellung. Seit der Währungsreform ernährt er sich als Kiesgrubenarbeiter mit einem wöchentlichen Nettolohn von 40,-- DM. Er ist seit 1935 verheiratet und hat 2 Kinder.

Im Übrigen ist durch die Hauptverhandlung der folgende Sachverhalt erwiesen:

Beide Angeklagten hatten sich als Angehörige der Partei und SA bzw. SS vor 1933 im politischen Kampf in Kirchweyhe hervorgetan. In dem verhältnismässig kleinen Ort waren die politischen Gegensätze in Anbetracht der Zusammensetzung der in der Hauptsache bei der Reichsbahn beschäftigten Bevölkerung besonders hart aufeinandergeprallt. Es war daher zu gewissen Gegensätzlichkeiten zwischen den führenden Leuten der örtlichen NSDAP., zu denen die Angeklagten gehörten, und dem früheren Abgeordneten des preuss. Landtages, Poelder, in Kirchweyhe gekommen. Dieser heute als Stadtdirektor a.D. im 59. Lebensjahre stehende Zeuge war bis 1933 als Gewerkschaftssekretär bei dem Eisenbahnverband angestellt. Bis 1932 war er gleichzeitig 2. Vorsitzender der SPD-Ortsgruppe des Kreises Syke und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Im Jahre 1932 wurde er nach Stendal versetzt. Am 2. Oktober 1933 kam er mit seiner Ehefrau und seinem damals 7jährigen Sohn besuchsweise nach Arsten, einem Nachbarort Kirchweyhes, um seine dort verheiratete Tochter, die Zeugin Paulmann, zu besuchen. Von dort aus begab er sich am 4. Oktober 1933 nachmittags nach Kirchweyhe, um verschiedene Bekannte, u.a. den Zeugen v. Weyhe aufzusuchen. Gegen 17.30 Uhr desselben Tages fuhr er mit seinem Sohn zu Rad nach Arsten zurück, während seine Ehefrau noch bei der Familie v. Weyhe verblieb, um später allein nach Arsten zurückzukehren.

Die Anwesenheit Poelders hatte sich im Ort Kirchweyhe schnell herumgesprochen. Die nunmehr an der Macht befindlichen politischen Gegner Poelders beschlossen, diese Gelegenheit zu benutzen, um ihm entsprechend den alten, im politischen Kampf bis zur Machtübernahme aufgetretenen Gegensätzen einen Denksatz zu geben. Poelder hatte sich dadurch bei den Nationalsozialisten besonders

unbeliebt gemacht, dass er sie in Wahlversammlungen des Jahres 1932 als Arbeitermörder bezeichnet hatte. Hinzu kam ein mit der Überschrift "SA-Schweine im Stall" versehener, im Jahre 1932 erschienener Artikel der Bremer Volkszeitung, in dem über die Einsperrung von SA-Männern durch Reichsbanner-Angehörige der Gemeinde Kirchweyhe berichtet worden war. Zu diesem Zweck wurden die Angehörigen von SA und SS des Dorfes Kirchweyhe benachrichtigt, sich vor der am Bahnhof gelegenen Gastwirtschaft Koch noch am selben Abend um 19.00 Uhr einzufinden. Für eine Verbreitung dieser Benachrichtigungen sorgte der Angeklagte Wallmann. U.a. wurde der Zeuge Gierke, der damals SS-Unterscharführer war, von dem Angeklagten Wallmann in seiner Wohnung benachrichtigt. Der Zeuge Reinecke, der z.Zt. des Vorfalls als SA-Mann der SA-Res. angehörte, und als ehemaliger aktiver Wehrmachtsmusiker/Führer des SA-Spielmannzuges war, wurde von dem Angeklagten Wallmann bei seiner Rückkehr von der Arbeit aus Drentwede bei seiner Ankunft auf dem Bahnhof Kirchweyhe ebenfalls auf 19.00 Uhr vor das Lokal Koch bestellt. Der Angeklagte Wallmann forderte ihn weiterhin auf, den Spielmannszug zu 19.00 Uhr zu alarmieren. Der Angeklagte Albrecht wurde durch ein Schreiben, welches er bei der Rückkehr von der Arbeit gegen 18.00 Uhr unter seiner Wohnungstür vorfand, aufgefordert, sich am Bahnhof einzufinden, wo er kurz nach 18.00 Uhr in SA-Uniform erschien. Die Zeugen Hühner und Zersen wurden als Angehörige der SA-Reserve am Nachmittag durch einen SS-Mann aufgefordert, um 19.00 Uhr bei Koch anzutreten, während der Lokomotivführer Friedrichs zwischen 16.00 und 17.00 Uhr durch einen Zugschaffner erfuhr, dass die SA für einen mit Poelder geplanten Umzug alarmiert wurde.

Die beiden Angeklagten begaben sich zwischen 18.00 und 19.00 Uhr des betreffenden Tages mit dem damaligen SS-Mann, dem Lokomotivführer Radolla in einem von einem weiteren Insassen gelenkten Personenkraftwagen nach Arsten, um Poelder nach Kirchweyhe zu holen. Sie trafen diesen gerade in dem Zeitpunkt vor der Wohnung seiner Tochter, Frau Paulmann, an, als er mit seinem Sohn aus Kirchweyhe zurückkehrte. Die Angeklagten forderten ihn auf, den Kraftwagen zu besteigen. Poelder, der ahnte, dass ihn nichts Gutes erwartete, brachte zunächst seine Briefftasche mit seinem Bargeld in Sicherheit, indem er sie unauffällig in den Hauseflur der Paulmann'schen Wohnung warf. Er leistete jedoch

der Aufforderung zum Besteigen des Fahrzeugs keine Folge. Seine Weigerung veranlasste die Angeklagten, ihn unter Anwendung körperlicher Gewalt in den Kraftwagen zu bringen. Es kam zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf Poelder einsehen musste, auf die Dauer der Übermacht der beiden Angeklagten und zwei weiterer im Hintergrund bereiten Personen keinen erfolgreichen Widerstand leisten zu können. Gleichwohl widersetzte er sich weiterhin den Angeklagten, sodass diese ihn im Verlaufe einer sich entwickelnden Rauferei, seinen Widerstand mit Gewalt brechend, in das Kraftfahrzeug hineinzerrten. Die Angeklagten fuhren sodann mit Poelder nach Kirchwayhe, wo sie vor dem Gasthof Koch gegen 19.00 Uhr anhielten. Hier war bereits eine Menschenmenge, SA, SS und NJ-Angehörige sowie Zivilisten, versammelt. Ein Teil der Anwesenden drängte sich um das Fahrzeug, das zu verlassen dem Poelder von den Angeklagten bedeutet wurde. Unter den Umstehenden wurden Drohungen gegen Poelder laut, er wurde beschimpft und angespuckt, während er den Kraftwagen verliess. Unter Leitung der beiden Angeklagten formierte sich die versammelte Menschenmenge zu einem Zuge. Da der Führer des SA-Spielmannszuges, der Zeuge Reinecke, wegen der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit von einer Alarmierung des Spielmannszuges abgesehen hatte, übernahm ein Trupp aktiver SA die Spitze des Zuges. Es folgte ein weiterer Trupp aktiver SA-Leute und ein Trupp SA-Reserve. Poelder wurde an die Spitze des Zuges gestellt, nachdem ihm, seine Weigerung nichtachtend, von dem Angeklagten Albrecht unter Mithilfe des Angeklagten Wallmann zwangsweise eine paukenartige Trommel umgehängt worden war, wie sie beim "Jungvolk" gebraucht zu werden pflegte. Im Hinblick auf zu erwartende Misshandlungen des Poelder nahm der Angeklagte Wallmann diesem die Brille ab. Als Zeichen der Aufforderung zum Losmarschieren versetzte der Angeklagte Albrecht dem Zeugen Poelder mit dem Knie von hinten einen Stoss. Der Zug, an dem sich auch zahlreiche Zivilisten beteiligten, führte durch die Hauptstrasse des Ortes. Er wurde von beiden Seiten durch SS-Leute flankiert, die ein Entweichen von solchen SA-Leuten verhindern sollten, denen dieser Prangermarsch missfiel. Um einem solchen Fernbleiben von SA-Leuten vorzubeugen, war vor Abmarsch in der Weise gewarnt worden, dass diejenigen, die sich entfernen würden, angedroht wurde, ihnen das Braunhemd ausziehen und ihnen nach dem Vorbilde Poelders ebenfalls eine Trommel umzuschallen. Während des Marsches, bei dem wegen der

inzwischen eingebrochenen Dunkelheit HJ-Angehörige mit Fackeln leuchteten, hatte Poelder auf die Trommel zu schlagen. Der Weg führte ihn auch an der Wohnung des Zeugen v. Weyhe vorbei, in der sich seine Ehefrau aufhielt. Diese hörte die Trommelschläge und erkannte ihren Ehemann an der Spitze der marschierenden Menge auf die Trommel schlagend. Im Begriff, zu ihm zu eilen, erlitt sie infolge eines Herzleidens einen Ohnmachtsanfall und wurde von dem Zeugen v. Weyhe, der ebenfalls Augenzeuge des vorbeimarschierenden Zuges wurde, versorgt. Poelder erhielt während des Marsches mehrfach von hinten, d.h. von den hinter ihm marschierenden SA-Leuten Fusstritte, Stösse und Schläge, die zum Teil mit einer Reitpeitsche oder einem ähnlichen Gegenstand geführt wurden. Infolge dieser Misshandlungen stürzte er drei oder viermal zu Boden. Die beiden Angeklagten nahmen entsprechend ihrer leitenden Beteiligung in der Marschkolonne keinen festen Platz ein. Sie befanden sich zeitweise an der Spitze neben Poelder, auf dem Fussteig bei den SS-Angehörigen, oder auch am Schluss der Kolonne. Vor der Gastwirtschaft Koch endete der Umzug.

Poelder wurde, nachdem ihm die Trommel abgenommen worden war, aufgefordert, wieder den Kraftwagen zu besteigen. Da er nach der erlittenen körperlichen und seelischen Pein des Umzuges nicht mehr in der Lage war, irgendeinen Widerstand zu leisten, folgte er dieser Aufforderung, ohne sich ernsthaft zu sträuben. Er wurde im Kraftwagen, in dem sich u.a. auch der Angeklagte Albrecht befand, nach dem 4 km entfernten Sudweyhe vor die Gastwirtschaft Behrens, das Verkehrslokal der NSDAP und ihrer Gliederungen, gefahren, musste den Wagen verlassen und sich in eine Ecke eines der im Erdgeschoss gelegenen Gasträume setzen. In der ihm gegenüberliegenden Ecke des Raumes hielt sich ausser dem Angeklagten Albrecht und den Zeugen Radolla und Gierke auch der Angeklagte Wallmann auf, der sich mit dem Fahrrad dorthin begeben hatte. Die Angeklagten machten sich in auffälliger Weise an ihren Pistolen zu schaffen, wobei sie die Mündung ihrer Waffen zumindest fahrlässig in der Richtung auf Poelder bewegten. Nach einer halben Stunde erschien - von Albrecht herbeigerufen - der für Sudweyhe zuständige Polizeibeamte, der damalige Polizeiwachtmeister, jetzige Polizeimeister i.R. Zeigner und untersuchte Poelder auf etwa mitgeführte verbotene Schriften. Da solche bei ihm

nicht vorgefunden wurden, forderte Zeigner ihn auf, wiederum den Kraftwagen zu besteigen, in welchem er in Begleitung des Angeklagten Albrecht und des Zeugen Zeigner bis zur Ochtum-Brücke auf der über Dreie nach Arsten führenden Strasse gefahren wurde. Dort verliess er auf Geheiss des Zeugen Zeigner den Wagen, der ihn mit den übrigen Insassen umkehrte. Poelder, der nicht nur körperlich durch die erlittenen Misshandlungen, sondern auch seelisch durch die ihm zugeführte erniedrigende und entehrende Behandlung am Ende seiner Kräfte war, ruhte sich zunächst am Strassenrand aus, wusch sich in der Ochtum und versuchte auf der Strasse nach Arsten zurückzugelangen, wurde jedoch bereits nach einer kurzen Strecke Weges überraschend von mehreren Personen überfallen und derartig verprügelt, dass er sofort das Bewusstsein verlor und in der Bewegungsfähigkeit des rechten Armes mit noch heute andauernder Wirkung behindert wurde.

Nachdem er das Bewusstsein wiedererlangt hatte, schleppte er sich querfeldein nach Arsten, von wo er sich sofort mit seiner inzwischen dort eingetroffenen Ehefrau noch in derselben Nacht über Hamburg in Richtung Stendal in Sicherheit brachte, jedoch selbst seine Wohnung mied, um zunächst bei Bekannten in Berlin unterzutauchen und so vor weiteren Verfolgungen sicher zu sein.

Die Tochter des Zeugen Poelder, die Ehefrau Paulmann, hat sich, als sie erleben musste, wie ihr Vater von den Angeklagten in Richtung Kirchweyhe abtransportiert wurde, nichts Gutes ahnend sofort in einem Mietkraftwagen nach Kirchweyhe begeben, nachdem ihr die Sinnlosigkeit ihrer zunächst gefassten Absicht, mit dem Fahrrad ihrem Vater auf der Spur zu bleiben, eingesehen hatte. Als sie in Kirchweyhe eintraf, hatte der Umzug noch nicht begonnen. Sie begab sich zu dem Zeugen v. Weyhe, und da sie danach trachtete, ihrem Vater auf irgendeine Weise Schutz und Hilfe zuteil werden zu lassen, wandte sie sich an die Polizeistation in Kirchweyhe, nämlich an den für den Bezirk Kirchweyhe zuständigen und dem Zeugen Zeigner übergeordneten Polizeimeister. Dieser erklärte ihr nach ihrem Hinweis auf die geplante, gegen ihren Vater gerichtete Prangeraktion, dagegen sei nichts zu machen, es handele sich um eine Volksaktion.

In der Bremer Nationalsozialistischen Zeitung vom 7. Oktober 1933 (Nr. 270) erschien folgender Artikel:

"Auch ein "Eiserner Pauker" im Kirchweyhe.

Kirchweyhe, 6. Oktober.

Am gestrigen Abend kurz nach 19 Uhr erlebte unsere Einwohnerschaft ein Schauspiel seltener Art. Unerwartet ertönten Paukenschläge auf der Strasse, alles eilte vor die Tür. Ein Mann, mit einer Pauke vor dem Leibe, marschierte, begleitet von SS und SA durch unseren Ort. Vorauf von Fackeln beleuchtet, wurde ein Schild mit folgender Aufschrift getragen: "Ich grosser Lump habe deutsche Volksgenossen belogen und SA-Leute mit "Arbeitermörder" beschimpft." Von einer verständnisvoll schmunzelnden grossen Zahl Einwohner und vielen Kindern wurde dieser aussergewöhnliche Zug begleitet. Was war los? Die Einwohnerschaft unseres Ortes wird sich wohl noch des einstigen Landtagsabgeordneten und Gewerkschaftssekretärs Poelder erinnern, der als echter Novemberling im politischen und kommunal-politischen Leben unseres Ortes und Kreises eine immerhin nicht unbedeutende Rolle gespielt hat. Man denke noch an die Tage zurück, da Poelder im Wahlkampf den Rednern der NSDAP gegenübertrat und dabei die immer stärker werdende nationale Bewegung in ihrer Gefahr für den Bestand der Novemberherrschaft der Sozialdemokratie unterschätzte. Poelder glaubte an die ewig schwarz-rot-goldene Republik unter dem roten Zaren Braun und damit an eine ewige Fortdauer seiner Gewerkschaftssekretär-Herrlichkeit. Nun ist alles anders gekommen. Poelder, der von hier nach Stendal ging, weilte am gestrigen Tage in unserem Ort und wurde von Parteigenossen bemerkt. Die benachrichtigte SS organisierte dann sofort alles Erforderliche und holte P. von seiner Fahrt zurück. Zum Gaudium der gesamten Bevölkerung wurde er sodann, wie eingangs geschildert, durch unseren Ort geführt. Nach Beendigung des Ummarsches am Bahnhof, wo sich inzwischen eine grosse Menschenmenge versammelt hatte, die ihn mit "Pfui-Rufen" empfing, brachte man Poelder nach Sudweyhe. Inzwischen wurde in Arsten, wo er bei seiner Tochter weilte, eine Haussuchung von der Polizei durchgeführt. Bis zur Ochtm-Brücke in Dreye begleitet, wurde P. an der Bremer Grenze freigelassen."

Die Feststellung dieses Sachverhalts beruht auf den eidlichen Bekundungen der Zeugen Stadtdirektor a.D. Poelder und Oberlokomotivführer Friedrichs, den Zeugenaussagen des Gemeindedirektors v.Weyhe, der Lokomotivführer Radolla, Zersen und Stöver, des Rentners Gierke, des Werkführers Hühner, des Maurers Reinecke, des Polizeimeisters i.R. Zeigner, der Ehefrauen Poelder und Paulmann sowie auf den Einlassungen der im wesentlichen geständigen Angeklagten.

Insoweit die Angeklagten nicht geständig sind, haben sie sich in der Hauptverhandlung in folgender Weise eingelassen:

Beide Angeklagten behaupten, sie hätten Poelder mit dem Kraftwagen bereits auf dem Wege nach Arsten eingeholt, dabei habe er der Aufforderung, mit ihnen nach Kirchweyhe zu fahren, nicht widersprochen und lediglich die ihm gewährte Bitte ausgesprochen, erst seinen Sohn nach Arsten zu bringen. Dort habe er sich eines anderen besonnen und Widerstand geleistet, sodass es zu einem kurzen Kampf gekommen sei, nach welchem Poelder jedoch freiwillig den Kraftwagen bestiegen habe, ohne dass es erforderlich geworden sei, ihn mit Gewalt hineinzuzerren. Bei der ganzen Aktion seien sie nicht leitend tätig gewesen. Im einzelnen macht der Angeklagte Albrecht geltend, er habe zu Poelder, als sie diesen auf der Strasse zwischen Kirchweyhe und Arsten angetroffen hätten, gesagt, dass er zu einer Vernehmung nach Kirchweyhe kommen müsse. Er, der Angeklagte Albrecht, habe sich nicht gegen Misshandlungen Poelders durchsetzen können. Auf sein Zureden habe Poelder mit seiner Hilfe nach anfänglicher Weigerung die Trommel freiwillig umgehängt. Poelder habe in Sudweyhe im Lokal Böhrens vernommen werden sollen. Dort sei eine Reiterstaffel der Bremer Polizei versammelt gewesen. Deren Führer, einem Polizeimajor, habe er, der Angeklagte Albrecht, das Eintreffen des Poelder gemeldet. Dieser Major habe ihm erklärt, dass es sich um ein Missverständnis handeln müsse. Darauf habe er den Zeugen Zeigner angerufen, damit dieser zum Schein die Papiere Poelders kontrollieren solle. Poelder habe seine Befürchtung, in ein Konzentrationslager gebracht zu werden, dem Polizeimajor geäußert und diesen um Schutz gebeten. Der Angeklagte Albrecht habe mit dem Polizeioffizier gesprochen, dass man Poelder am besten bis an die Gemeindegrenze bringe. Das habe er, der Angeklagte Albrecht, dann getan. Er habe Poelder, <https://www.legal-tools.org/doc/853de1>

weiteren Zwischenfällen zu bewahren, noch über die Gemeindegrenze hinaus bis an die Ochtum-Brücke gebracht. Dort habe er Poelder aus demselben Grunde noch geraten, nicht die Strasse, sondern querfeldein zu gehen.

Der Angeklagte Wallmann macht geltend, er habe nichts von Vorbereitungen der Aktion gegen Poelder gewusst, sondern lediglich von Poelders Anwesenheit und der Absicht gehört, ihn zu holen. Er habe keine dienstlichen Anordnungen wegen des Antretens um 19.00 Uhr getroffen, sondern nur gesprächsweise verbreitet, dass die SA und SS um 19.00 Uhr antreten solle. Er habe gesehen, dass die vor dem Lokal Koch versammelte Menge Anstalten traf, gegen Poelder vorzugehen. Das habe er erfolglos zu verhindern versucht. In Erwartung von Misshandlungen Poelders habe er diesem dann die Brille abgenommen. Dass Poelder tatsächlich geschlagen worden sei, habe er jedoch nicht gesehen. In Sudweyhe habe man nicht gewusst, was man mit Poelder weiter anfangen solle. Man habe ihn dort nicht durch auffälliges Hantieren mit den Pistolen Angatigen wollen. Von dem Überfall auf Poelder am späten Abend habe er auch hinterher nichts erfahren.

Diese Einlassungen der Angeklagten sind, insoweit es sich um die Vorgänge in Arsten und Kirchweyhe einschliesslich des Aufenthalts Poelders in Sudweyhe handelt, nicht stichhaltig. Was zunächst die leitende Beteiligung der Angeklagten an der Aktion gegen Poelder betrifft, so werden sie überführt durch die eidlichen Bekundungen der Zeugen Poelder und Friedrichs, wonach die beiden Angeklagten vor dem Lokal Koch mit der Organisation des Umzuges befasst waren und der Angeklagte Albrecht dem Zeugen Poelder mit Hilfe des Angeklagten Wallmann die Trommel umgehängt und ihm zum Zeichen des Abmarsches einen Stoss versetzt hat. Die Einlassung der Angeklagten wird aber auch durch ihre eigenen sonstigen Angaben widerlegt, wonach sie selbst Poelder aus Arsten abholten, ohne etwa darlegen zu können, dass sie dazu von irgendeiner anderen Stelle beauftragt worden wären, und wonach der Angeklagte Wallmann dem Zeugen Poelder die Brille in Erwartung von Misshandlungen abgenommen hat. Gegen ihre Einlassung spricht im übrigen in erheblichem Umfang die Tatsache, dass der Angeklagte Albrecht als dienstältester SA-Führer des Ortes und der Angeklagte Wallmann als alter SA-Angehöriger und späterer SS-Mann bei

der ganzen Veranstaltung in einer aus der Masse der Teilnehmer unmerkbar hervorragenden Weise beteiligt waren, ohne dass sie oder einer der Zeugen etwa jemand hätten nennen können, der die Leitung über ihnen in Händen gehabt hätte. Aber selbst wenn der Anstoss von dritter Seite - vielleicht von der Kreisleitung - gegeben worden wäre, so würde das insofern ohne Bedeutung sein, als beide Angeklagte tatsächlich bei der Aktion selbst die Organisation innegehabt haben, wobei bezüglich des Angeklagten Wallmann noch hinzukommt, dass auch die Vorbereitung von ihm insofern betrieben wurde, als er für die planmäßige Benachrichtigung der Teilnehmer sorgte. Insoweit er dies in Abrede nimmt, wird seine Einlassung widerlegt durch die glaubhafte Bekundung des Zeugen Reinecke, wonach er sogar die Beteiligung des SA-Spielmannszuges hat erreichen wollen und zu diesem Zweck den Zeugen Reinecke am Bahnhof erwartet hat. Seine Einlassung, er habe Reinecke zufällig getroffen und gesprächsweise von dem Vorhaben unterrichtet, ist angesichts der Bekundungen des Zeugen Reinecke unglaubwürdig, zumal auch der Zeuge Gierke als SS-Unterscharführer vom Angeklagten Wallmann in seiner Wohnung von der Veranstaltung ausdrücklich zum Zwecke der Teilnahme benachrichtigt worden ist. In diesem Zusammenhang kann sich der Angeklagte Wallmann nicht etwa darauf berufen, dass er nur als ausführendes, untergeordnetes Organ aufgetreten sei, insofern es sich um die Benachrichtigungen handelt. Denn nach der Bekundung des Zeugen Reinecke hat dieser auf Anordnung des Angeklagten Wallmann den Spielmannszug zusammenholen & sollen, damit dieser an der Aktion teilnahm, um für Musik zu sorgen. Im Übrigen ist hinsichtlich der leitenden Funktion, die beide Angeklagte bei dem Frankfurtermarsch bekleideten, die Bekundung des Zeugen Stöver bezeichnend, der als Blockleiter der NSDAP in SA-Uniform an dem Umzug teilgenommen und die Angeklagten als die Anführer betrachtet hat. Was die Schilderung der Angeklagten von dem Antreffen des Zeugen Poelder auf der Landstrasse zwischen Kirchweyhe und Arsten betrifft, so wird ihre Einlassung widerlegt durch die eidlichen Bekundungen des Zeugen Poelder, an dessen Glaubwürdigkeit zu zweifeln das Gericht keinen Anlass gefunden hat. Danach haben die Angeklagten Poelder erst unmittelbar nach seiner Ankunft in Arsten und nicht schon unterwegs angetroffen. Auch ist angesichts der Darstellung des Zeugen Poelder den Angaben der Angeklagten insoweit kein Glauben zu schenken, als Poelder sich an

PUR: <https://www.legal-tools.org/doc/853d>

fänglichlich mit seiner Abholung einverstanden erklärt haben soll, was ohnehin unwahrscheinlich klingt. Auch folgt das Gericht insoweit der Wiedergabe der Vorgänge durch den Zeugen Poelder und nicht derjenigen der Angeklagten, als Poelder mit Gewalt in den Kraftwagen gezerrt sein will, zumal es vorher von den Angeklagten unbestritten zu einem Kampf gekommen war.

Die Angabe des Angeklagten Albrecht, er habe dem Zeugen Poelder gesagt, er müsse zu einer Vernehmung nach Kirchweyhe kommen, wird widerlegt durch die ebenfalls glaubhafte Bekundung des Zeugen Poelder, wonach von einem solchen Zweck seiner Abholung überhaupt nicht die Rede gewesen ist. Auch konnte das Gericht den Angaben des Angeklagten Albrecht insoweit nicht folgen, als er sich nicht gegen Misshandlungen des Poelder habe durchsetzen können. Diese Behauptung des Angeklagten Albrecht ist völlig unglaubwürdig, wenn man berücksichtigt, welche führende Rolle er in Kirchweyhe als SA-Sturmführer spielte und wie leicht er sich aus sich heraus oder erforderlichenfalls durch die ihm untergebenen, an Ort und Stelle versammelten SA-Leute hätte Autorität verschaffen können. Auch hält das Gericht es auf Grund der Aussage des Zeugen Poelder für festgestellt, dass die Angabe des Angeklagten Albrecht, Poelder habe die Trommel freiwillig umgehängt, nicht der Wahrheit entspricht, da der Zeuge Poelder unter seinem Eide glaubhaft ausgesagt hat, dass ihm die Trommel aufgezwungen, d.h. von beiden Angeklagten umgehängt worden ist. Auch die Schilderung des Angeklagten Albrecht von dem Hergang in dem Lokal Behrens ist nicht zutreffend, denn weder die Zeugen Zeigner und Poelder wissen etwas von der Anwesenheit Bremer Polizeibeamter im Lokal Behrens z.Zt. ihres dortigen Aufenthalts, noch hat der Zeuge Poelder sich nach seiner Bekundung an jemand um Schutz gewandt. Auch hat der Zeuge Poelder nicht die Behauptung des Angeklagten Albrecht bestätigen können, dass dieser ihn noch vor weiteren Zwischenfällen habe bewahren wollen und ihm einen entsprechenden Heimweg empfohlen habe.

Was die Behauptung des Angeklagten Wallmann betrifft, er habe nicht verhindern können, dass Poelder misshandelt wurde, so kann auch diesem Angeklagten in dieser Einlassung ebensowenig gefolgt werden, wie dem Angeklagten Albrecht.

unglaublich, dass der Angeklagte Wallmann sich auf Grund seiner Stellung in der Partei nicht hätte durchsetzen können, zumal auch der Zeuge Poelder Versuche der beiden Angeklagten, ihn vor Ausschreitungen zu schützen, nicht wahrgenommen hat und sich vielmehr gerade den Handgreiflichkeiten und der Anwendung körperlicher Gewalt seitens der beiden Angeklagten ausgesetzt gesehen hat.

Dagegen konnte den beiden Angeklagten nicht nachgewiesen werden, dass sie durch auffälligen, unvorsichtigen Umgang mit den Pistolen Poelder zu Ängstigen oder gar zu bedrohen beabsichtigt haben. Gleichfalls konnte beiden Angeklagten angesichts ihres Bestreitens nicht nachgewiesen werden, dass sie sich an dem Überfall auf Poelder am späten Abend hinter der Ochtum-Brücke unmittelbar beteiligt oder an seiner Anzettelung mitgewirkt haben, denn Poelder hat irgendwelche Täter in Anbetracht der Dunkelheit und des schnellen Verlustes seines Bewusstseins nicht erkannt.

Danach war das gesamte Verhalten beider Angeklagten in folgender Weise zu beurteilen:

Sie haben sich zunächst der Freiheitsberaubung schuldig gemacht. Denn sie haben den Zeugen Poelder dadurch des Gebrauchs der persönlichen Freiheit beraubt, dass sie ihn gegen seinen Willen in Arsten in den Kraftwagen hineinzerrten, ihn zwangen, darin mit nach Kirchweyhe zu fahren, dort den Wagen zu verlassen, und ihn weiter zwangen, sich die Trommel umhängen zu lassen, an dem ihm vorgeschriebenen Platz sich in der geschilderten Weise zur Schau stellen und durch das Dorf fahren zu lassen. Sie beraubten ihm auch dann noch seiner persönlichen Freiheit, als sie ihn zwangen, den Kraftwagen erneut zu besteigen, um gegen seinen Willen nach Sudweyhe zu fahren, dort im Lokal Behrens festgehalten und dann zur Ochtum-Brücke gefahren zu werden. Die Freiheitsberaubung erstreckt sich auch auf alle Stadien des Zwangs, welchen man den Zeugen Poelder von seiner Abholung in Arsten bis zur Entlassung an der Ochtum-Brücke unterwarf. Sie stellten der Gesamtheit der einzelnen Einwirkungsformen einen einheitlichen Tatvorgang dar. Dieser wurde in jedem Stadium von den beiden Angeklagten verwirklicht, denn sie bewirkten als die Anführer der Veranstaltung - abgesehen von der unmittelbaren Anwendung körperlichen Zwanges - auch die Entziehung der Freiheit, der

Willensbildung in Bezug auf die Wahl des Aufenthaltsortes durch den Zeugen Poelder, als dieser ohne Gewaltanwendung dazu gezwungen wurde, gegen seinen Willen an der Spitze des Umzuges zu marschieren, nach Sudweyhe zu fahren, sich dort aufzuhalten und zur Ochtum-Brücke zu fahren. Denn beide Angeklagten betätigten sich auch insoweit als die massgeblichen Anführer der Veranstaltung, deren aktives Verhalten die gesamte Einwirkung auf den Zeugen Poelder einschloss. Die Angeklagten handelten vorsätzlich, indem sie sich des Zeugen Poelder bemächtigten, um seine Bewegungsfreiheit völlig aufzuheben.

In derselben Weise wie diese Bemächtigung fort dauerte, wirkte der Vorsatz ebenfalls bis zur Entlassung des Zeugen Poelder aus dem Gewahrsam der Angeklagten fort. Dabei handelten die Angeklagten auch rechtswidrig. Sie waren sich der Rechtswidrigkeit ihrer Handlungsweise, soweit sie einen Eingriff in die persönliche Freiheit des Zeugen Poelder darstellten, bewusst, denn sie waren sich darüber im klaren, dass sie kein Recht hatten, mit dem Zeugen Poelder, was die Entziehung der Bewegungsfreiheit betrifft, - so zu verfahren, wie sie es taten. Ihr Verhalten kam einer Festnahme mit zwangweisem Transport und Vollziehung einer Strafe gleich, also Massnahmen, die jeder Rechtmässigkeit entbehrten. Die Angeklagten haben den Zeugen Poelder daher vorsätzlich und rechtswidrig der persönlichen Freiheit beraubt und sind gemäss § 239 StGB wegen Freiheitsberaubung zu verurteilen, und zwar als Mittäter gemäss § 47 StGB.

Daneben haben die Angeklagten sich durch dieselbe Handlung mit dem Landfriedensbruchs schuldig gemacht, denn sie haben an der öffentlichen Zusammenrottung einer Menschenmenge teilgenommen, die gegen Poelder Gewalttätigkeiten begangen hat (§ 125 Abs. 1 StGB). Die Menschenmenge, die bei der Ankunft der Angeklagten und des Zeugen Poelder vor dem Lokal Koch bereits anwesend war, bestand nämlich aus einer unbestimmten, grösseren Anzahl von Personen, Zivilisten und uniformierten Angehörigen der verschiedenen Gliederungen der NSDAP. Die Zahl der versammelten Personen war so gross, dass durch sie eine Gefahr für die öffentliche Ordnung erwuchs. Diese Menschenmenge hat sich im Sinne des § 125 StGB zusammengerotet, denn es sind mehrere Personen zum Zwecke gemeinschaftlichen Handelns räumlich zusammengetreten, wobei der die versammelten Menschen beherrschende

de friedensstörende Wille ebenso wie die Rechtswidrigkeit des beabsichtigten Bedrohlichen und gewalttätigen Handelns in ihrem Verhalten äusserlich deutlich erkennbar wurde, und zwar bereits im Zeitpunkt des Verlassens des Kraftwagens durch Poelder, dem gegenüber die Menge eine drohende Haltung einnahm und ihre Verachtung durch Anspucken zum Ausdruck brachte. Dem Begriff der Zusammenrottung im Sinne des § 125 StGB steht nicht etwa der Umstand entgegen, dass die Menschenmenge zum grossen Teil aus SA- und SS-Angehörigen in einer zusammengefassten Einheit bestand. Denn die Gefährlichkeit der zusammengerotteten Menge wurde durch die Anwesenheit der unter einheitlichem Befehl stehenden SA-Angehörigen nur noch gesteigert, weil die SA ja gerade als Träger der Veranstaltung mobilisiert worden war. Die Erkennbarkeit der Rechtswidrigkeit des gemeinschaftlichen Handelns wurde deshalb durch die Beteiligung der SA und SS nur noch erhöht. Die Zusammenrottung erfolgte auch öffentlich, denn es bestand die - den Teilnehmern bewusste - Möglichkeit, dass sich beliebige Menschen in unbestimmter und unbegrenzter Zahl an ihr beteiligten. Die Veranstaltung war darüber hinaus ja gerade darauf abgestellt, dass sich möglichst viele Personen der örtlichen Bevölkerung beteiligten, wie es der Sinn einer - vom Landjäger des Ortes so bezeichneten - "Volksaktion" ist. Im übrigen wäre eine Zusammenrottung in dem hier zu erörternden Sinn nach der höchststrichterlichen Praxis (vgl. RGSt. 54/89) selbst dann gegeben, wenn sich die Zusammenrottung auf einen bestimmten Personenkreis beschränkt und beispielsweise nur die SA beteiligt gewesen wäre. Die Menschenmenge hat ferner, wie es als Tatbestandsmerkmal des § 125 StGB vorausgesetzt werden muss, mit vereinten Kräften gegen Poelder Gewalttätigkeiten begangen. Es genügt nämlich, dass ein einzelner in der Zusammenrottung gewalttätig handelt und die anderen mit Kenntnis der einzelnen dies billigend zu ihm stehen. Es sind mehrfach seitens verschiedener Personen aus der Menge Misshandlungen erfolgt, die der Gesamtheit der zusammengerotteten Menge nicht verborgen geblieben, sondern entsprechend dem Sinn der Veranstaltung für alle Beteiligten sichtbar nicht nur von einem einzelnen begangen, sondern von verschiedenen, nicht bestimmten Personen begangen sind. Diese Gewalttätigkeiten waren der Zweck der Aktion und wurden mit vereinten Kräften von beliebigen Personen unter - zumindest nach aussen hin erfolgter - Billigung der Menge begangen. Die Gewalt-

tätigkeiten selbst bestehen in der seit Verlassen des Kraftwagens durch Poelder vor dem Lokal Koch fortdauernden Freiheitsberaubung gegenüber Poelder, in dem Ansprengen, den Stößen und Schlägen, die dem Zeugen Poelder während des Umzuges versetzt worden sind. Die Angeklagten haben auch mit dem nach § 125 StGB erforderlichen Vorsatz gehandelt, indem sie das Bewusstsein hatten, sich in einer zusammengerotteten Menge zu befinden, die gegenüber dem Poelder Gewalttätigkeiten beging, und damit den Willen verbunden, in dieser Menge als ein Teil derselben nicht nur zu verbleiben, sondern sogar aktiv in hervorragender Weise mitzuwirken.

Den damit festgestellten Landfriedensbruch haben die Angeklagten in der erschweren Form des § 125 Abs. 2 StGB begangen. Denn sie haben selbst Gewalttätigkeiten gegen Poelder begangen, und zwar durch die Freiheitsberaubung in allen ihren festgestellten Erscheinungsformen, soweit diese in den Zeitraum zwischen der Ankunft des Kraftwagens vor dem Lokal Koch und der Auflösung des Umzuges an derselben Stelle fallen, ferner durch das Umhängen der Trommel und den Stoss mit dem Knie beim Abmarsch. Diese Gewalttätigkeiten sind, wie es auch für eine Anwendung des § 125 Abs. 2 StGB Voraussetzung ist, von der Menschenmenge mit vereinten Kräften begangen. Es kann insoweit auf die im Rahmen der Erörterungen zur Anwendung des § 125 Abs. 1 StGB getroffene Feststellung verwiesen werden, wonach die Gewalttätigkeiten der Einzelpersonen aus der Menge, also auch der Angeklagten, von den übrigen Teilnehmern gebilligt und sogar gefördert worden sind.

Die beiden Angeklagten sind ferner als Rädelsführer im Sinne des § 125 Abs. 2 StGB tätig geworden und auch unter diesem Gesichtspunkt wegen schweren Landfriedensbruchs zu belangen. Rädelsführer sind nicht nur die obersten Leiter der Zusammenrottung. Es kann deshalb dahingestellt bleiben, ob ausser den beiden Angeklagten noch andere Personen die Veranstaltung geplant und organisiert haben. Als Rädelsführer ist auch derjenige Teilnehmer anzusehen, der geistig oder physisch als einer der verschiedenen in Frage kommenden Täter und nicht als der Führer der Veranstaltung eine führende Rolle gespielt hat. Die beiden Angeklagten sind in beiden Beziehungen führend in Erscheinung getreten, physisch und geistig. Die Angeklagten gehören auch dann, wenn andere Parteiorgane führend hinter der

Veranstaltung gestanden haben sollten, die möglicherweise von den Angeklagten bewusst nicht genannt worden sind, zweifellos zu demjenigen Personenkreis, der die Zusammenrottung beföhlen, gefördert und gelenkt hat. Durch ihr aktives Eintreten haben die Angeklagten zunächst die Veranstaltung in Gang gesetzt und dann die Aktion in ihren verschiedenen Stadien durch ihre aktive, lenkende Teilnahme abrollen lassen. Sie haben die Direktiven bei der Veranstaltung gegeben. Der Angeklagte Albrecht hat durch seine Begleitung des Poelder bis zur Ochtum-Brücke seine aktive Führung der Aktion noch besonders zum Ausdruck gebracht. Keinesfalls haben die Angeklagten in der geschilderten Weise als Privatpersonen an der Veranstaltung teilgenommen, sondern in ihrer Eigenschaft als führende Funktionäre der NSDAP., nämlich Albrecht als Sturmführer der SA und Wallmann als alter Parteigenosse, ehemaliger SA-Truppführer und nachmaliger SS-Angehöriger. Ihr aktiv eingreifendes Verhalten wie die An- und Abbeförderung Poelders, die Benachrichtigungen der Teilnehmer durch den Angeklagten Wallmann, das Umhängen der Trommel durch beide Angeklagte, stempelte sie daneben zu Rädelsführern, wie es in der Höchststrichterlichen Rechtsprechung anerkannt wird (vgl. HRR. Entsch. I Bd. S. 32).

Danach sind die beiden Angeklagten aus doppeltem Grunde des schweren Landfriedensbruchs schuldig, als Rädelsführer und als solche Personen, die Gewalttätigkeiten gegen Poelder verübt haben. Auch insoweit sind sie als Mittäter gemäss § 47 StGB, in bewusstem und gewolltem Zusammenwirken tätig geworden.

Die Strafverfolgung der von den Angeklagten am 4. Oktober 1933 begangenen Straftaten der Freiheitsberaubung und des schweren Landfriedensbruchs ist auch nicht verjährt. Zwar kann die mit einer Höchststrafe von 5 Jahren Gefängnis bedrohte Freiheitsberaubung gemäss § 67 Abs. 2 StGB nach 5 Jahren und der mit einer Höchststrafe von 10 Jahren Zuchthaus bedrohte schwere Landfriedensbruch nach § 67 Abs. 1 StGB nach 10 Jahren nicht mehr verfolgt werden, sodass in beiden Fällen die Verjährung eingreifen würde. Aber nach der VO zur Beseitigung nationalsozialistischer Eingriffe in die Strafrechtspflege vom 23.5.1947 ruht bezüglich der Verfolgung dieser Straftaten der Angeklagten die Verjährung. Nach § 1 dieser VO können Verbrechen, die in der Zeit vom 30.1.1933 bis zum 8.5.1945 aus politischen Gründen nicht bestraft worden sind, und Vergehen, die zur Zeit ihrer Begehung mit einer Höchst-

strafe von mehr als 3 Jahren Gefängnis bedroht waren, verfolgt werden, wenn die Gerechtigkeit, insbesondere die Gleichheit aller vor dem Gesetz, die nachträgliche Sühne verlangt. Das gilt nach der genannten Vorschrift u.a. insbesondere für solche Verbrechen und Vergehen der genannten Art, die mit Gewalttätigkeiten oder Verfolgungen aus politischen Beweggründen verbunden waren, sowie für Verbrechen und die genannten Vergehen, die unter Ausnutzung einer parteiamtlichen Machtstellung gegen politische Gegner begangen worden sind. Gemäss § 3 der VO. vom 23.5.1947 gilt die Verjährung der Strafverfolgung für diese Verbrechen und Vergehen als ruhend, sodass die Vorschrift des § 67 StGB einer Bestrafung der Angeklagten unter dem Gesichtspunkt der Freiheitsberaubung und des schweren Landfriedensbruchs nicht entgegenstehen würde, falls sie unter die im § 1 der VO genannte Kategorie von Verbrechen und Vergehen fallen. Das ist nach den getroffenen Feststellungen der Fall. Beide Straftaten, die mit einer Höchststrafe von 5 Jahren Gefängnis bzw. 10 Jahren Zuchthaus bedroht sind, waren mit Gewalttätigkeiten und Verfolgungen aus politischen Beweggründen verbunden und wurden unter Ausnutzung der parteiamtlichen Machtstellung der Angeklagten gegen Poelder als politischen Gegner begangen. Die Verfolgung dieser Taten ist auch ein Gebot der Gerechtigkeit und der Gleichheit aller vor dem Gesetz, denn sie sind während der nationalsozialistischen Herrschaft offensichtlich aus politischen Gründen nicht gesühnt worden. Was die Frage der Zulässigkeit einer Ausschlussung der Strafverfolgungs-Verjährungsvorschriften anlangt, so hat sich die höchstgerichtliche Rechtsprechung trotz der berechtigten Bedenken gegen eine solche Massnahme für ihre Anerkennung ausgesprochen. Ihr kann man unter Überwindung der Bedenken deshalb folgen, weil der Grundsatz der Gleichheit aller vor dem Gesetz höherzustellen ist als das im Gesetz verankerte, dem Täter je nach der Schwere seiner Tat nach einem angemessenen Zeitraum unterbliebener Strafverfolgung verbürgte Erlöschen des staatlichen Strafanspruchs. Die Zulässigkeit des in der VO. v. 23.5.1947 zum Ausdruck kommenden Eingriffs in die Vorschriften des Strafgesetzbuches ist daher nicht nur nach positivistischer Rechtsauffassung zu bejahen. Es ist auch nicht etwa nur aus dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949 zu entnehmen.

setzgeber nunmehr einen derartigen bereits erfolgten Eingriff in die Strafrechtspflege für unzulässig zu erklären beabsichtigt. Wenn diese Absicht bestanden hätte, hätte es in dem neuen Grundgesetz einer ausdrücklichen Erwähnung bedurft. Die Taten der Angeklagten unterliegen demnach trotz der inzwischen verstrichenen Zeit noch der Strafverfolgung.

Die Angeklagten haben sich ferner durch dieselbe Handlung eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht. Das Kontr.Ges.Nr.10 stellt Gewalttaten und Vergehen wie unter anderem Freiheitsberaubung, an der Zivilbevölkerung begangene unmenschliche Handlungen und die Verfolgung aus politischen Gründen gemäss Art. II 1 c in Verbindung mit Ziff. 3 derselben Vorschrift unter Strafe. Dass die Tat dem Bereich angehört, der durch diese gesetzlichen Beispiele umschrieben ist, ergibt sich aus dem festgestellten Sachverhalt und auch insoweit aus der rechtlichen Würdigung desselben, als die Angeklagten den Tatbestand der Freiheitsberaubung verwirklicht haben. Es steht nach den getroffenen Feststellungen auch fest, dass der Zeuge Poelder von den beiden Angeklagten aus politischen Gründen verfolgt wurde und das strafbare Verhalten der beiden Angeklagten in Auswirkung dieser Verfolgung in Erscheinung getreten ist. Die Angeklagten haben durch ihre Handlungsweise aber auch den Tatbestand des Menschlichkeitsverbrechens im weiteren Sinne verschuldet und damit auch eine unmenschliche Handlung im Sinne des Art. II 1 c des Kontr.Ges.Nr.10 begangen, denn sie haben im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Willkürherrschaft einen Menschen und die Menschengüter und -werte so angegriffen und geschädigt, dass die Menschenwürde verletzt und die Menschheit als solche gerührt worden ist.

Als erstes Tatbestandsmerkmal im Sinne des Art. II 1 c KR.Ges. Nr.10 haben die Angeklagten eine Angriffshandlung verwirklicht, durch die sie auf den Zeugen Poelder in der festgestellten Weise eingewirkt und damit das durch diese gesetzliche Vorschrift geschützte Rechtsgut, die Menschlichkeit verletzt haben, in-dem sie durch ihr Verhalten Menschenwert und Menschenwürde des Poelder mit Wirkung auf die Menschheit schlechthin verletzten. Als Angehörige der SA bzw. SS, die in jener Zeit bekanntlich vielerorts Gewalttätigkeiten gegen Fremdrassige, Andersgläubige und Andersdenkende begingen, stellten sie den Zeugen Poelder als ehemaligen Angehörigen der SPD und politischen Gegner in

öffentlich zur Schau. Die Angeklagten hatten dazu kein Recht, und Poelder als ihr wehrloses Opfer hatte ebensowenig einen wirksam rechtlichen oder tatsächlichen Schutz, wie jemand es wagen konnte, zu seinen Gunsten den Angeklagten Widerstand zu leisten. Dieser Schutz wurde nicht einmal von Polizeiorganen gewährt, die zu diesem Zweck angerufen wurden, wie es das durch die Zeugin Paulmann bekundete Verhalten des zuständigen Polizeimesters zeigt. Poelder selbst wurde durch die Angeklagten gezwungen, sich zu der öffentlichen Selbstentehrung zur Verfügung zu stellen, was in dem ihm erbarmungslos abgezwungenen Vorausmarschieren unter Betätigung der umgehängten Trommel gipfelte, wobei mit umso entehrenderer Wirkung der Schein der Freiwilligkeit bewusst hervorgekehrt wurde. Gerade eine solche Anprangerung stellt (wie vom Schl.Holst.OLG. - vgl. Schl.Holst.Anz. 1949 S.25 - hervorgehoben) bei dem Fehlen eines vorhergegangenen ordentlichen Strafverfahrens eine Verletzung des ideellen Menschenwertes dar, da die Menschheit einen derartigen Rückfall in mittelalterliche Übungen, noch dazu ohne jede vorhergegangene rechtliche Prüfung, nicht hinnehmen kann, ohne sich hierdurch verletzt zu fühlen. Die typische und schwerwiegendste Auswirkung eines solchen Prangermarsches ist die Missachtung, die für Nichts-Achtung, der das Opfer ausgesetzt wurde, sowie die Tatsache, dass man kraft der politischen Machtstellung mit ihm verfahren konnte, wie man wollte und dass es für sein weiteres Leben mit einem Makel behaftet wurde. Damit haben die Angeklagten durch die versachlichende und entpersönlichende Anwendung dieser mittelalterlichen Willkürmassnahmen nicht nur physisch, sondern auch psychisch in einer Weise in die Persönlichkeits-sphäre Poelders eingegriffen, die eine ausgeprägte Missachtung mit Überindividueller Wirkung ausdrückt. Dabei ist es nach der Höchstgerichtlichen Rechtsprechung gleichgültig, ob die hier in beiden Beziehungen eingetretene Schädigung des Opfers in Äusserem oder innerem Ungemach besteht (StS. 34/48). Inwieweit die von den Angeklagten gezeigten Folgen unmenschlich sind, wie es für eine Bestrafung gemäss Art. II 1 a KRGGes.Nr.10 vorausgesetzt werden muss, zeigt ihre körperliche und seelische Auswirkung auf Poelder als das Opfer ihrer Aktion.

Die in dem Verhalten der Angeklagten zum Ausdruck kommende Angriffshandlung richtete sich gegen das Menschheitsgut der humanitas und traf sie in empfindlicher Weise. Dabei ist es ohne

Bedeutung, inwieweit die Angeklagten selbst objektiv unmenschlich gehandelt haben oder inwieweit sie durch ihr Verhalten eine unmenschliche Handlung mitverursacht haben (StS. 65/48, 29/48). Da das Merkmal der Unmenschlichkeit mehr im Äusseren Hergang als im inneren Tatbestand, d.h. der Seele der Angeklagten, zu suchen ist, ist festzustellen, dass die Menschenwürde im Denken und Handeln beider Angeklagten, das mit den herkömmlichen Anschauungen des anständig denkenden und empfindenden Bürgers schlechterdings unvereinbar ist, wie es selbst damals beteiligte SA-Angehörige als Zeugen in glaubwürdiger Weise bekundet haben, erniedrigt ist. Indem die Angeklagten jedes derjenigen Rechtsgüter, mit denen die Einzelpersönlichkeit ausgestattet zu sein pflegt, in Poelder missachteten, lieferten sie diesen einer Behandlung aus, wie sie bei einem Menschen als Angehörigen eines kultivierten Rechtsstaates undenkbar ist und üblicherweise nicht einmal Verbrechern angetan wird. Sie haben Poelder in roher Weise recht- und schutzlos einer durch die nationalsozialistische Propaganda aufgehetzten Menge ausgeliefert und mit dieser grausamen Art politischer Verfolgung zum Ausdruck gebracht, dass sie den Menschenwert und die Menschenwürde nicht nur dieses einzelnen politischen Gegners, sondern darüber hinaus das Überindividuelle Schutzgut, den unverlierbaren Wert des Menschseins in der sittlichen Ordnung für nichts achteten. Dass die Handlungsweise der Angeklagten diese Überindividuelle Wirkung einschliesst, ergibt sich im Übrigen aus der getroffenen Feststellung, dass ein ideal gedachter Beobachter, d.h. der anständig denkende Bürger eines Ordnungsstaates dem Treiben der Angeklagten gegenüber bei Kenntnis der gesamten Umstände einen starken ethischen Widerwillen hätte empfinden müssen, weil es mit der Menschenwürde nicht zu vereinbaren ist und weil es den leibseelischen Seins- und Wirkungsbereich des Menschen trifft, der nach der sittlichen Überzeugung der kultivierten Menschheit seinen Wert und seine Würde ausmacht. Die Rechtsprechung bejaht die Überindividuelle Wirkung des Menschlichkeitsverbrechens im Übrigen, wenn, wie hier, die Tat, wie hier, in ihrem Gesamthergang, abgesehen von Rechtsgutverletzungen in Bezug auf das Opfer, zugleich auch allgemein als Grundlage anerkannte Kulturgüter verletzt, wie etwa die im europäischen Kulturkreis unabdingbare Gleichheit aller Menschen ohne Unterschied ihrer Rasse, ihres Bekenntnisses oder ihrer politischen Einstellung vor dem Gesetz und in der öffentlichen Wertung ihrer Mitmenschen (vgl. StS. 26/48).

Mit der Verletzung der Einzel-Persönlichkeit Poelders durch seine schutz- und wehrlose Anlieferung als politischen Gesinnungsgegner und die damit verbundene Zufügung körperlichen und seelischen Leides haben die Angeklagten demnach den typischen Tatbestand der Humanitätsverletzung geschaffen, indem sie gleichzeitig die menschliche Persönlichkeit schlecht-hin in ihrer Tiefe, im unverzichtbaren Persönlichkeitsbereich des einzelnen Menschen trafen.

Der ursächliche Zusammenhang des Angriffsverhaltens der Angeklagten gegenüber Poelder mit der eingetretenen Schädigung desselben steht ausser Zweifel.

Die zugefügte Schädigung ist, wie es für eine Anwendung des Art. II 1 c des KRGes. Nr. 10 erforderlich ist, von den Angeklagten durch einen solchen Angriff auf den Zeugen Poelder verursacht, der im erkennbaren Zusammenhang steht mit dem System von Willkür und Gewalt, wie es unter nationalsozialistischer Herrschaft bestanden hat. Diese Feststellung hat das Schwurgericht angesichts des zugrundeliegenden Sachverhalts getroffen.

Die Angeklagten haben auch die inneren Tatbestandsmerkmale des Menschlichkeitsverbrechens erfüllt. Diese ergeben sich ebenfalls aus dem festgestellten Sachverhalt. Sie haben den Angriff gegen Poelder bewusst und gewollt geführt. Dabei waren sie sich der gesamten inneren Tatbestandsmerkmale durchaus bewusst. Als Nationalsozialisten und Funktionäre in zum Teil führender Stellung hielten sie es nicht nur für möglich, dass Poelder aus einem System von Gewalt und Unrecht angegriffen wurde, sondern sie wussten sogar, wie im einzelnen auf Poelder, und zwar unter ihrer eigenen führenden Beteiligung, eingewirkt werden sollte und führten den hierauf abzielenden Angriff in seinem ganzen Ausmass selbst.

Da der Wille der Angeklagten auf die Verwirklichung aller derjenigen Umstände gerichtet war, die als unmenschliche Folgen ihres Angriffs gewertet worden sind, handelten sie auch vorsätzlich. Dabei ist eine unmenschliche Gesinnung den Angeklagten nicht nachgewiesen. Sie ist aber auch keine Voraussetzung für eine Bestrafung aus der Vorschrift des Art. II 1 c des KRGes. Nr. 10.

Dagegen waren die Angeklagten, wie es für eine Bestrafung unter dem Gesichtspunkt des Unmenschlichkeitsverbrechens ge-

B

fordert werden muss, sich der Rechtswidrigkeit, d.h. des Unrechts ihrer Handlungsweise bewusst, denn es sind keine Anhaltspunkte dafür zutage getreten, dass sie sich auf Grund ganz besonderer persönlicher Ausnahmeverhältnisse des Unrechts nicht bewusst werden konnten. Sie sahen die Art und die Schwere des durch sie selbst ausgelösten Angriffs auf Poelder voraus, sodass ihnen die Folgen dieses Angriffs zum Vorwurf gereichen und sie dafür verantwortlich zu machen sind. Dabei wird die Rechtswidrigkeit ihrer Handlungsweise nicht etwa dadurch ausgeschlossen, dass sie der Billigung ihres verwerflichen und strafbaren Tuns von obrigkeitlicher Seite unter dem zur Zeit der Tat schon hinreichend ausgeweiteten Einfluss des nationalsozialistischen System im staatlichen Machtapparat gewiss sein konnten.

Danach haben die Angeklagten in mehrfacher Beziehung den Tatbestand des Unmenschlichkeitsverbrechens dadurch verwirklicht, dass sie eine politische Verfolgung und eine Freiheitsberaubung in einer unmenschlichen Handlungsweise und darüber hinaus durch ihr gesamtes Verhalten eine unmenschliche Handlung in weiterem Sinne des Art. II 1 c KRGes.Nr.10 begangen haben.

Der Umstand, dass das KRGes.Nr.10 in gewissem Umfange Handlungen unter Strafe stellt, die z.Zt. ihrer Begehung nicht für strafbar erklärt waren, verstösst zwar gegen den althergebrachten Grundsatz nulla poena sine lege, der auch im deutschen Strafrecht nach vorübergehender Ausserkraftsetzung unter nationalsozialistischem Einfluss durch Art. IV Ziff. 7 des Mil.Reg.Ges. Nr.1 wieder hergestellt ist. Doch sind die mit Recht hieraus herzuleitenden Bedenken durch die höchstichterliche Rechtsprechung zerstreut und ist die rückwirkende Anwendung des KRGes.Nr.10 anerkannt worden. Da der genannte, durch das Mil.Reg.Ges.Nr.1 wiederhergestellte, in § 2 StGB. und Art.116 WRV. enthaltene Grundsatz seinem Wesen nach der Rechtssicherheit dient, kann er nach der Auffassung der herrschenden Rechtsprechung den Kontrollrat nicht hindern, kraft der ihm zustehenden uneingeschränkten Gesetzgebungsmacht die rückwirkende Bestrafung von Unmenschlichkeitsverbrechen anzuordnen. Dieses Recht wird damit begründet, dass eine solche Anordnung nicht ungerecht und eine rückwirkende Bestrafung nur dann ungerecht sei, wenn die Tat bei ihrer Begehung nicht nur nicht gegen eine positive Norm des Strafrechts, sondern auch nicht gegen das Sittengesetz verstiesse. Von beidem könne beim Verbrechen gegen die Menschlichkeit im

allgemeinen - und das trifft im vorliegenden Fall zu - auch nicht die Rede sein. Daher entspreche es dem Gebot der Gerechtigkeit, wenn die unter nationalsozialistischem Einfluss unterlassene Bestrafung, die rechtsstaatliche Pflicht gewesen wäre, nachträglich mit Rückwirkung erfolge. Dieser herrschenden Ansicht der höchsten Gerichte, die u.a. in der Entscheidung des OGH. f.d.brit.Zone StS. 6/48 zum Ausdruck gebracht ist, schliesst sich das Schwurgericht in der Erkenntnis an, dass eine solche Übung keine Verletzung der Rechtssicherheit bedeutet.

Was die Frage der Weitergeltung des KRGes.Nr.10 seit Inkrafttreten des Bonner Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland betrifft, so ist das Schwurgericht der Ansicht, dass deutsche Gerichte das KRGes.Nr.10 trotz der ^{Bedenken, die} sich aus seiner Rückwirkung ^{auf} auch in der Vergangenheit liegenden, einst straflosen Tatbestände ergeben, anwenden dürfen. Die Zweifel an der Weitergeltung des KRGes.Nr.10 gründen sich auf Art. 103 Abs.2 des Bonner Grundgesetzes, die den Grundsatz "Keine Strafe ohne Gesetz", also das Rückwirkungsverbot als Bestandteil der westdeutschen Verfassung mit uneingeschränkter Zustimmung der drei Militärregierungen erneut begründen haben und die als das zeitlich jüngste Gesetz dem Kontr.Ges.Nr.10 vorgehe und dessen fernere Anwendung hindere (MDR.1949 S.409). Das Gebot des KRGes.Nr.10, unmenschliche Verbrechen zu sühnen, gleichgültig, zu welcher Zeit sie begangen worden sind, steht höher als die erwähnte Bestimmung der Bonner Verfassung, einerlei, ob dieses Gebot eine Forderung des öffentlichen Gewissens oder der Rechtssicherheit oder der Funktion des Strafrechts als sittenbildende Kraft ist. Bei dem zonalen Charakter der Bundesverfassung für Westdeutschland deutet nichts darauf hin, dass die ² westlichen Militärregierungen durch ihre Zustimmung die durch das Gesetz Nr.10, ~~einem~~ Kontr.Gesetz für ganz Deutschland, angestrebte ~~wirkt~~ einheitliche Rechtsgrundlage für die Bestrafung von Kriegsverbrechern und anderen Missetätern haben aufgeben wollen, zumal der Grundsatz "Keine Strafe ohne Gesetz" weder im anglo-amerikanischen Rechtskreis noch in der russischen Gesetzgebung gilt (NJW.48 S. 673). Ausserdem hat die brit.Mil.Regierung noch keinen Anlass genommen, die Verordnung Nr.47 aufzuheben, die die Aburteilung von Unmenschlichkeitsverbrechen in gewissem Umfang auf deutsche Gerichte überträgt. Das KRGes.Nr.10 hat daher weiterhin Geltung (Art.123 Abs.1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland).

Was die unter dem Gesichtspunkt des Unmenschlichkeitsverbrechens rechtlich gewürdigte Handlungsweise der Angeklagten im übrigen betrifft, so kann sich das Schwurgericht den in der Entscheidung StS 37/48 des OGH. wiedergegebenen Gedankengänge zu einem dem hier abzuurteilenden ähnlichen Vorgang anschliessen. Es kommt damit zu der Feststellung, dass die Angeklagten als Mittäter auch des Verbrechens gegen die Menschlichkeit gemäss § 47 StGB Art. II 1 a KRGGes. 10 schuldig sind.

Dagegen sind die Angeklagten nicht wegen einfacher Körperverletzung i.S. von § 223 StGB zu bestrafen. Insoweit ist die Strafverfolgung gemäss § 67 Abs. II StGB seit 5 Jahren nach der Tat verjährt, denn die einfache Körperverletzung ist mit einer Gefängnisstrafe von höchstens 3 Jahren bedroht. Die Verjährung ist nach §§ 1, 3 der VO. v. 23.5.1947 aber nur bei solchem Vergehen ausgeschlossen, die mit einer Höchststrafe von mehr als 3 Jahren Gefängnis bedroht sind.

Auch der schweren Körperverletzung i.S. des § 223a StGB, die in Anbetracht ihrer Strafandrohung bis zu 5 Jahren Gefängnis nach der VO. v. 23.5.1947 nicht der Verjährung unterworfen sein würde, haben sich die Angeklagten nicht schuldig gemacht. Sie haben insofern dem Zeugen Poelder durch das gemeinschaftliche Hineinzerren in den Kraftwagen keine Körperverletzung zugefügt, als sie ihm dadurch nach der eigenen Bekundung des Zeugen Poelder keine körperlichen Schmerzen zugefügt haben. Sie haben auch dadurch nicht etwa gemeinschaftlich eine Körperverletzung gemäss § 223a StGB begangen, dass aus der Menge heraus während des Umzuges dem Zeugen Poelder Körperverletzungen zugefügt worden sind. Denn es konnte den Angeklagten weder nachgewiesen werden, dass sie an diesen Misshandlungen Poelders unmittelbar beteiligt waren, noch konnte festgestellt werden, dass sie mit solchen Personen im gewollten und bewussten Zusammenwirken tätig geworden sind, die Schläge und Stösse auf Poelder ausgeführt haben.

Für den auf den Zeugen Poelder am Abend des 4. Oktober 1933 unternommenen Überfall und die daraus für diesen entstandenen Folgen konnten die Angeklagten nicht verantwortlich gemacht werden, da ihre Beteiligung in irgendeiner Form nicht nachzuweisen war.

Die von den Angeklagten begangenen Straftaten der Freiheitsberaubung, des schweren Landfriedensbruchs und des Verbrechens gegen die Menschlichkeit stehen untereinander in Verbindung.

Tateinheit. Gemäss § 73 StGB ist die Strafe dem Art. II 1 o KRGes. 10 als derjenigen Strafvorschrift zu entnehmen, welche die schwerste Strafe androht.

Beiden Angeklagten sind mildernde Umstände im Sinne des § 125 Abs. 2 Satz 2 StGB zuzubilligen. Dem Angeklagten Albrecht ist zugute zu halten, dass er aus der Not der Arbeitslosigkeit heraus den Versprechungen der NSDAP zugänglich geworden und auf diese Weise in eine politische Gegnerschaft zu dem Zeugen Poelder geraten ist, dem er nach seiner unwiderlegten Einlassung in persönlicher Beziehung sonst irgendwelche Nachteile zuzufügen nicht versucht hat. Bei beiden Angeklagten war ferner zu berücksichtigen, dass sie als Funktionäre der NSDAP bzw. ihrer Gliederungen mehr oder weniger in Ausführung der von ihren Machthabern gegebenen Richtlinien verfahren sind und nicht ausschliesslich aus eigenem Entschluss zu der verwerflichen Handlungsweise gekommen sein mögen. Was die Straftat der durch den schweren Landfriedensbruch verwirkten Strafe betrifft, so könnte daher auf eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten aufwärts erkannt werden.

Bei der Wahl und Bemessung der aus Art. II 1 o KRGes. 10 zu entnehmenden Strafe war beiden Angeklagten strafmildernd anzurechnen, dass sie trotz gewisser Entschuldigungsversuche im wesentlichen geständig waren; insbesondere dem Angeklagten Wallmann war zugute zu halten, dass er - von einigen offenkundigen Unwahrheiten geringerer Bedeutung abgesehen - sich frei zu seiner Tat bekannte und dass er durch den Aufenthalt in russischer Kriegsgefangenschaft körperlich schwer gelitten hat und infolge seiner politischen Einstellung auch schon dadurch in gewissem Grade bestraft worden ist, dass er trotz seines schlechten Gesundheitszustandes schwere körperliche Arbeit zu verrichten gezwungen ist. Dagegen hat der Angeklagte Albrecht auf das Gericht nicht den Eindruck gemacht, dass er sich in dem Masse zu seiner Tat bekennt, wie es beim Angeklagten Wallmann anzuerkennen war. Seine persönlichen Verhältnisse liegen jedoch noch schwieriger als diejenigen des Angeklagten Wallmann. Nach dem Ausgange des Krieges ist er in seiner Ehe ebenso wie in seinem Beruf gescheitert. Er ist ein schwerkranker Mann und von Schicksal nicht unerheblich getroffen. Doch muss ihm eindringlich vor Augen gehalten werden, dass er [PURL: https://www.legal-tools.org/doc/853de1/](https://www.legal-tools.org/doc/853de1/) leben zu urteilen - zu Gewalttätigkeiten neigt, wenn ihm insofern

(auf den Zeitpunkt der hier abzuurteilenden Tat bezogen) auch nicht der Vorwurf einer Vorstrafe gemacht werden kann. Der Angeklagte Wallmann kann dagegen auf eine Vergangenheit zurückblicken, in der er mit dem Strafgesetz sonst noch nicht in Konflikt geraten ist. Unter Abwägung dieser gesamten, zugunsten und zu Lasten der Angeklagten sprechenden Umstände hielt das Schwurgericht eine gleichmässige Bestrafung beider Angeklagten für angebracht. Als angemessene Strafart erachtete das Gericht die Gefängnisstrafe. Eine solche erschien in Höhe von je 7 Monaten für beide Angeklagten als erforderliche aber auch ausreichende Sühne.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 465 StPO.

gez. Beyreiss

Schomburg

Köpsel.

Ausgefertigt:



Martin-Böckmann

ap. Justizassistent

als Handelsbeamtener der Geschäftsstelle.